Ressort: Politik

Bundesregierung verurteilt Gewalteskalation an syrischer Grenze

Berlin, 06.07.2018, 15:18 Uhr

GDN - Die Bundesregierung hat die erneute Eskalation der Gewalt an der syrisch-jordanischen Grenze verurteilt. "Die von Russland und Iran unterstützte militärische Offensive des Assad-Regimes hat zu einer katastrophalen humanitären Lage geführt", schrieb Regierungssprecher Steffen Seibert auf Twitter.

"Wir appellieren insbesondere an Russland als Verbündetem des Regimes und als Kriegspartei, die im Rahmen einer Deeskalationszone mit Jordanien und den USA vereinbarte Waffenruhe unverzüglich wiederherzustellen und humanitäre Zugänge zu den Menschen in Not zu ermöglichen", so das Statement der Bundesregierung. Man begrüße zudem die jordanischen Bemühungen zur humanitären Versorgung der Geflüchteten in Syrien. Jordanien hatte Hilfe auf der syrischen Seite der Grenze beider Länder zugesagt, nachdem das UN-Flüchtlingshilswerk UNHCR das Land aufgefordert hatte, den rund 40.000 Geflüchteten an der Grenze Zuflucht zu gewähren. Das Land mit rund 10 Millionen Einwohnern hatte zuvor bereits mehr als 650.000 Geflüchtete aufgenommen. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hatte Jordanien Ende Juni eine weitere Unterstützung in Höhe von 100 Millionen US-Dollar zugesagt.

Bericht online:

https://www.germandailvnews.com/bericht-108603/bundesregierung-verurteilt-gewalteskalation-an-svrischer-grenze.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD 483 Green Lanes UK, London N13NV 4BS contact (at) unitedpressagency.com Official Federal Reg. No. 7442619